

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 49 | 06.12.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

PLATZ FÜR DICH!

Wissenschaftliche ProjektmitarbeiterInnen gesucht.

Das Law Lab des Linz Institute of Technology (LIT) bietet engagierten, innovationsbegeisterten Juristinnen und Juristen den idealen Platz, rechtswissenschaftliche Forschung am Puls der Zeit zu erleben und mitzugestalten.

Alle Informationen zur Stellenausschreibung und Bewerbung finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBI I 106/2019](#)

Vereinbarung gemäß **Artikel 15a B-VG über die Kinder- und Jugendhilfe** (Aufrechterhaltung des hohen Schutzniveaus im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nach der in der B-VG-Novelle BGBI I 14/2019 vorgesehenen Kompetenzverschiebung)

[BGBI II 357/2019](#)

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, mit der die Gesundheits- und Krankenpflege-Lehr- und Führungsaufgaben-Verordnung geändert wird (**GuK-LFV-Novelle 2019**)

[BGBI II 359/2019](#)

Verordnung des Vorstands der E-Control über den Preis von durch die Ökostromabwicklungsstelle zuzuweisenden Herkunftsnachweisen 2020 (**Herkunftsnachweispreis-Verordnung 2020** – HKN-V 2020)

[BGBI II 360/2019](#)

Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die Verordnung des Vorstands der E Control über die Ausnahme von der Pflicht zur Entrichtung der Ökostrompauschale und über die Kostendeckelung für einkommensschwache Haushalte (**Befreiungsverordnung Ökostrom 2012**) geändert wird

[BGBl II 374/2019 \(Anhang\)](#)

Änderung der **Zustellformularverordnung**

[BGBl II 375/2019](#)

Verordnung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, mit der die **Zustelldienstverordnung** geändert wird

[BGBl II 377/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die **elektronische Übermittlung von Aufzeichnungen** gemäß § 18 Abs. 12 des Umsatzsteuergesetzes 1994

[BGBl II 378/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur näheren Regelung der Umsetzung des Digitalsteuergesetzes 2020 (**DiStG 2020-UmsetzungsV**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 310 v 02.12.2019, 1](#)

Richtlinie (EU) 2019/1995 des Rates vom 21. November 2019 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf **Vorschriften für Fernverkäufe** von Gegenständen und bestimmte inländische Lieferungen von Gegenständen

[ABI L 310 v 02.12.2019, 56](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2005 der Kommission vom 29. November 2019 über die unter die Entscheidung Nr 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates fallenden **Treibhausgasemissionen für jeden Mitgliedstaat** für das Jahr **2017**

[ABI L 314 v 05.12.2019, 1](#)

Verordnung (EU) 2019/2033 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über **Aufsichtsanforderungen an Wertpapierfirmen** und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr 1093/2010, (EU) Nr 575/2013, (EU) Nr 600/2014 und (EU) Nr 806/2014

[ABI L 314 v 05.12.2019, 64](#)

Richtlinie (EU) 2019/2034 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die **Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen** und zur Änderung der Richtlinien 2002/87/EG, 2009/65/EG, 2011/61/EU, 2013/36/EU, 2014/59/EU und 2014/65/EU

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

23.09.2019, [E 450/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Abweisung eines Antrags auf **internationalen Schutz** betreffend einen afghanischen Staatsangehörigen; keine ausreichende Auseinandersetzung mit der Konversion vom Islam zum Christentum

23.09.2019, [E 968/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Durchführung einer mündlichen Verhandlung** durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz eines iranischen Staatsangehörigen; keine hinreichende Klärung des Sachverhalts hinsichtlich der Glaubwürdigkeit des Fluchtvorbringens sowie der Beurteilung des Glaubensabfalls des Beschwerdeführers

24.09.2019, [E 3478/2018](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Versagung eines **Einreisetitels** für einen Minderjährigen mangels Interessenabwägung zum festgestellten Familienleben mit einem Asylberechtigten

24.09.2019, [V 14/2019](#)

StVO; keine Gesetzwidrigkeit einer **Halte- und ParkverbotsVO** in Wien mangels Anhörung der Berufsgruppe der Rechtsanwälte und Notare; keine Verpflichtung zur Anhörung mangels Vorliegens einer spezifischen Interessenbetroffenheit

03.10.2019, [V 11/2019](#)

Wr Stadtverfassung; keine Bedenken gegen die Wr KampierVO betreffend das **Verbot verschiedener Arten des Campierens**; hinreichende Ermittlung bestehender und zu erwartender Missstände zum Erlassungszeitpunkt; kein Eintritt einer wesentlichen Änderung der maßgeblichen Umstände seit Erlassung der VO

03.10.2019, [E 1215/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** und der Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen Staatsangehörigen von Libyen; keine ausreichende Auseinandersetzung mit den Länderberichten und einer innerstaatlicher Fluchtalternative

10.10.2019, [E 28/2019 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status der subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung von **Rückkehrentscheidungen** betreffend eine sechsköpfige Familie afghanischer Staatsangehöriger; keine Bezugnahme auf das Nichtbestehen einer internen Schutzalternative für die Familie in Kabul nach der UNHCR-RL

04.12.2019, [G 258/2019](#); [G 267/2019](#)

Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. NichtraucherschutzG; Ablehnung des Antrags eines Betreibers einer sogenannten **Shisha-Bar**; Regelung sachlich, wenn der Gesetzgeber im Rahmen des ihm zukommenden rechtspolitischen Gestaltungsspielraums sämtliche Gastronomiebetriebe im Hinblick auf den **Nichtraucherschutz** gleich behandelt; dies gilt auch für die Einbeziehung von Wasserpfeifen und damit von Shisha-Bars in den Anwendungsbereich des umfassenden Nichtraucherschutzes in Gastgewerbebetrieben

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

26.09.2019, [Ra 2018/10/0201](#)

SchulpflichtG; gem § 11 Abs 1 SchulpflichtG kann die **allgemeine Schulpflicht** auch durch die Teilnahme am Unterricht an einer **Privatschule ohne Öffentlichkeitsrecht** erfüllt werden, sofern der Unterricht jenem an einer in § 5 leg cit genannten Schule mindestens gleichwertig ist; die Schulbehörde kann die Teilnahme (ua) an einem solchen Unterricht untersagen, wenn mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dass die geforderte Gleichwertigkeit des Unterrichts nicht gegeben ist; der Schulbehörde wird ein Ermessen eingeräumt, weshalb diese eine darauf gestützte Entscheidung unter Offenlegung der für die Ermessensübung maßgebenden Umstände und Erwägungen insoweit zu begründen hat, als dies für die Rechtsverfolgung durch die Parteien und für die Nachprüfbarkeit des Ermessensakts auf seine Übereinstimmung mit dem Sinn des Gesetzes erforderlich ist

27.09.2019, [Ra 2017/06/0148](#)

Sbg BaupolizeiG; gem § 2 Abs 1 Z 2 leg cit ist die **Errichtung von technischen Einrichtungen von Bauten bewilligungspflichtig**, soweit diese Einrichtungen geeignet sind, die Festigkeit oder Brandsicherheit des Baus zu beeinflussen oder die sonstigen Belange erheblich zu beeinträchtigen (Heizungsanlagen, Hebeanlagen, Klima- und Lüftungsanlagen udgl), oder es sich um Hauskanäle zu einer Kanalisationsanlage handelt, es sei denn, die betreffende technische Einrichtung ist gewerbebehördlich genehmigungspflichtig (vgl § 2 Abs 2 Z 16 leg cit); als „technische Einrichtungen von Bauten“ sind nur solche technischen Einrichtungen anzusehen, die der Benutzbarkeit eines Baus dienen und damit der versorgungs- und haustechnischen Gebäudeausstattung zugeordnet werden können; eine Krananlage ist keine solche „technische Einrichtung“; der Kran fielen aber dann unter das Sbg BaupolizeiG, wenn er ein Teil eines Baus iSd Sbg BaupolizeiG wäre

22.10.2019, [Ro 2019/10/0027](#)

UniversitätsG; Begriff der „**vorgeschriebenen Prüfung**“ iSd § 68 Abs 1 Z 3 UniversitätsG; eine „vorgeschriebene Prüfung“ ist – schon nach dem Wortsinn – eine Prüfung, die vom Studierenden abgelegt werden muss

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 27.11.2019, [LVwG-152200](#)

Oö BauO; bildet die vom bf Nachbarn bekämpfte Zu- und Abfahrt keinen Bestandteil des angefochtenen **Baubewilligungsbescheids**, konnte er insoweit durch den angefochtenen Bescheid jedenfalls nicht in subjektiv-öffentlichen Rechten verletzt werden; da auch im Übrigen jeweils unzulässige **Einwendungen** vorliegen, war die Beschwerde als unbegründet abzuweisen

LVwG Oö 03.12.2019, [LVwG-680040](#)

KraftfahrG; da in § 98a KraftfahrG nicht ausdrücklich angeordnet wird, dass der Verfall eine Strafe verkörpert und der Gesetzestext auch keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der in § 98a Abs 1 leg cit normierten Verwaltungsübertretung und dem in Abs 3 leg cit angeordneten Verfall der Gegenstände herstellt, ist davon auszugehen, dass der **Ausspruch des Verfalls der Laserwarngeräte** eine (bloße) Administrativmaßnahme darstellt; davon ausgehend erweist sich aber eine **Beschlagnahme** dieser Geräte weder durch § 98a leg cit noch durch § 39 VStG gedeckt, weshalb sich eine solche Ausübung von Befehls- und Zwangsgewalt iSd Art 130 Abs 1 Z 2 B-VG als rechtswidrig darstellt

LVwG Oö 04.12.2019, [LVwG-200047](#)

AVG; ist in der einer Strafverfügung angeschlossenen **Rechtsmittelbelehrung** zwar angeführt, dass ein Einspruch „innerhalb von zwei Wochen ab Zustellung“ einzubringen ist, fehlt aber gleichzeitig ein Hinweis darauf, dass diese Frist bereits mit dem Tag des Beginns der Abholfrist – und nicht etwa erst mit dem Tag der tatsächlichen Abholung des Dokuments – zu laufen beginnt, so führt dies bei rechtsunkundigen Bescheidadressaten vielfach dazu, dass diese ihre Rechtsmittel – ausgehend von der irrigen Annahme, die diesbezügliche Frist hätte erst ab dem Tag der tatsächlichen Abholung zu laufen begonnen – objektiv besehen erst nach Fristablauf und damit verspätet einbringen; in derartigen Fallkonstellationen ist stets von Amts wegen zu klären, ob einem solcherart objektiv verspätet eingebrachten Rechtsmittel auch ein Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand iSd § 24 VStG iVm § 71 Abs 1 AVG inhärent ist, wobei es insoweit auf eine unzutreffende oder überhaupt fehlende dementsprechende Bezeichnung nicht ankommt

Hinweis: Die Rechtssätze des LVwG Oö werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa 2 Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[03.12.2019, Rs C-482/17, Tschechische Republik/Parlament u Rat](#)

Nichtigkeitsklage – **Rechtsangleichung** – Richtlinie (EU) 2017/853 – Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von **Waffen** – Gültigkeit – Rechtsgrundlage – Art 114 AEUV – Änderung einer bestehenden Richtlinie – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Fehlen von Folgenabschätzungen – Eingriff in das Eigentumsrecht – Verhältnismäßigkeit der erlassenen Maßnahmen – Maßnahmen, durch die Hindernisse im Binnenmarkt entstehen – Grundsatz der Rechtssicherheit – Grundsatz des Vertrauensschutzes – Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten zum Erlass von Rechtsvorschriften mit Rückwirkung verpflichten – Diskriminierungsverbot – Ausnahme für die **Schweizerische Eidgenossenschaft** – Diskriminierung, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder andere Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (**EFTA**) als diesen Staat beeinträchtigt

[03.12.2019, Rs C-414/18, Iccrea Banca](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2014/59/EU – Bankenunion – Sanierung und Abwicklung von **Kreditinstituten** und **Wertpapierfirmen** – Jährliche Beiträge – Berechnung – Verordnung (EU) Nr 806/2014 – Durchführungsverordnung (EU) 2015/81 – **Einheitliches Verfahren** für die **Abwicklung** von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen – Verwaltungsverfahren, an dem nationale Behörden und eine Stelle der Union beteiligt sind – Ausschließliche Entscheidungsbefugnis des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) – Verfahren vor den nationalen Gerichten – Keine rechtzeitige Erhebung einer Nichtigkeitsklage beim Unionsrichter – Delegierte Verordnung (EU) 2015/63 – Berechnung des Beitrags unter Ausschluss bestimmter Verbindlichkeiten – Verflechtungen zwischen mehreren Banken

[04.12.2019, Rs C-432/18, Consorzio Tutela Aceto Balsamico di Modena](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz von geografischen Angaben und **Ursprungsbezeichnungen** für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel – Verordnungen (EG) Nr 510/2006 und (EU) Nr 1151/2012 – Art 13 Abs 1 – Verordnung (EG) Nr 583/2009 – Art 1 – Eintragung der Bezeichnung ‚**Aceto Balsamico di Modena (g.g.A.)**‘ – Schutz der nicht geografischen Bestandteile dieser Bezeichnung – Umfang

[04.12.2019, Rs C-493/18, Tiger ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Insolvenzverfahren – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – Art 3 Abs 1 – Klagen, die unmittelbar aufgrund des **Insolvenzverfahrens** ergehen und in engem Zusammenhang damit stehen – Verkauf einer **Liegenschaft** und Bestellung einer **Hypothek** – Klage des Insolvenzverwalters auf Feststellung der Unwirksamkeit – Art 25 Abs 1 – Ausschließliche **Zuständigkeit** der Gerichte des Mitgliedstaats, in dem das Insolvenzverfahren eröffnet wurde

[05.12.2019, verb Rs C-708/17 u C-725/17, EVN Bulgaria Toplotikatsia](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 2011/83/EU – Verbraucherrecht – Art 2 Abs 1 – Begriff ‚Verbraucher‘ – Art 3 Abs 1 – Vertrag, der zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher geschlossen wird – Vertrag über die Lieferung von Fernwärme – Art 27 – Unbestellte Waren und Dienstleistungen – Richtlinie 2005/29/EG – Unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern – Art 5 – Verbot unlauterer Geschäftspraktiken – Anhang I – Unbestellte Waren oder Dienstleistungen – Nationale Regelung, wonach jeder Eigentümer einer Wohnung in einem **in Miteigentum stehenden Gebäude**, das an ein Fernwärmenetz angeschlossen ist, sich an den Kosten des Wärmeenergieverbrauchs der gemeinschaftlichen Teile und der internen Anlage des Gebäudes beteiligen muss – **Energieeffizienz** – Richtlinie 2006/32/EG – Art 13 Abs 2 – Richtlinie 2012/27/EU – Art 10 Abs 1 – Abrechnungsinformationen – Nationale Regelung, die vorsieht, dass bei einem in Miteigentum stehenden Gebäude die **Abrechnungen** bezüglich des Wärmeenergieverbrauchs der internen Anlage für jeden Eigentümer des Gebäudes **proportional** zum beheizten Volumen seiner Wohnung erstellt werden

[05.12.2019, verb Rs C-398/18 u C-428/18, Bocero Torrico](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit der **Wandererwerbstätigen** – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Vorzeitige Altersrente – Anspruch – Betrag der zu beziehenden Rente, der den gesetzlichen Mindestbetrag übersteigen muss – Berücksichtigung lediglich der in dem betreffenden Mitgliedstaat erworbenen **Rente** – Nichtberücksichtigung der in einem anderen

Mitgliedstaat erworbenen Rente – Unterschiedliche Behandlung für Erwerbstätige, die ihr Recht auf Freizügigkeit ausgeübt haben

05.12.2019, Rs C-421/18, *Ordre des avocats du barreau de Dinant*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Gerichtliche Zuständigkeit und Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Art 7 Nr 1 Buchst a – Besondere Zuständigkeit, wenn ein Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag den Gegenstand des Verfahrens bilden – Begriff ‚**Vertrag** oder Ansprüche aus einem Vertrag‘ – Aufforderung zur Zahlung der jährlichen **Beiträge**, die ein Rechtsanwalt einer **Rechtsanwaltskammer** schuldet

05.12.2019, Rs C-642/18, *Kommission/Spanien (Plans de gestion des déchets)*

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2008/98/EG – Art 30 und 33 – **Abfallbewirtschaftungspläne** – Autonome Gemeinschaften **Balearen** und **Kanaren** (Spanien) – Pflicht zur Überarbeitung – Pflicht zur Unterrichtung der Kommission – Kein ordnungsgemäßes Aufforderungsschreiben – Verfrühtes Versenden des **Aufforderungsschreibens** – Unzulässigkeit

05.12.2019, Rs C-671/18, *Centraal Justitieleel Incassobureau () und exécution des sanctions pécuniaires*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Gegenseitige Anerkennung – Finanzielle Sanktionen – Gründe für die Versagung der Anerkennung oder der Vollstreckung – Rahmenbeschluss 2005/214/JI – Entscheidung einer Behörde des Entscheidungsmitgliedstaats auf der Grundlage von **Fahrzeugregisterdaten** – Kenntnisnahme von den Sanktionen und Rechtsbehelfsmodalitäten durch den Betroffenen – Anspruch auf **effektiven gerichtlichen Rechtsschutz**

B. SCHLUSSANTRÄGE

05.12.2019, Rs C-406/18, *Bevándorlási és Menekültügyi Hivatal (GA Bobek)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Politik im Bereich **Asyl** und **subsidiärer Schutz** – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung des internationalen Schutzes – Richtlinie 2013/32/EU – Art 46 Abs 3 – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Umfang der Befugnisse des erstinstanzlichen Gerichts – **Fehlende Abänderungsbefugnis** – **Frist** von 60 Tagen für die Entscheidung des Gerichts

05.12.2019, Rs C-564/18, *Bevándorlási és Menekültügyi Hivatal (Tomba) (GA Bobek)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Politik im Bereich **Asyl** und **subsidiärer Schutz** – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung des internationalen Schutzes – Richtlinie 2013/32/EU – Art 33 – **Unzulässigkeitsgründe** – Erschöpfender Charakter – Art 46 Abs 3 – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – **Frist** von acht Tagen für die Entscheidung des Gerichts

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

05.12.2019, Beschwerde Nr [43478/11](#), *Hambardzumyan / Armenien*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens), aber **keine Verletzung** von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **keine** wirksame **gerichtliche Anordnung**, die Bf während strafrechtlichen Ermittlungen **geheim zu überwachen**; die gerichtliche Anordnung war vage und enthielt keine Angaben über konkrete verdeckte Maßnahmen; **Verletzung** von **Art 8 EMRK**; die Verwendung des heimlich aufgenommenen Videomaterials stand nicht im Widerspruch zu den Garantien des Art 6 EMRK; Verfahren in seiner **Gesamtheit** war **fair**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Clara Buder, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.